



DER ROTE HAHN

Besser informiert -
Mit dem Newsletter
von Pia Zimmermann



Notstand als Normalzustand

Die Pflegerebellion vorantreiben und zur Bürger*innenbewegung machen
Von Pia Zimmermann

In diesem Jahr haben wir sechs Pflegekonferenzen veranstaltet, die als großer Erfolg für DIE LINKE. Niedersachsen gewertet werden dürfen. Mit den Konferenzen und der Pflegekampagne unserer Landespartei ist es gelungen, zu einem Bestandteil der Bewegung der Pfleger*innen zu werden. Dass dies keine Selbstverständlichkeit, sondern kontinuierlicher Sacharbeit und dem Engagement in den Pflegeprotesten zu verdanken ist, könnt ihr im Interview mit Christoph Podstawa und mir in der vorliegenden Ausgabe des Roten Hahn nachlesen. Dort kündigen wir auch weitere Schritte zur Pflegekampagne im Wahljahr 2021 an.

Zwar haben wir einen ersten Sieg gegen die Pflegekammer errungen. Doch für eine gute Pflege für alle Menschen ist damit nicht viel erreicht. Vielmehr müssen wir den Schwung unseres Erfolges nutzen, die Pflegerebellion weiter zuzuspitzen und den Druck zu erhöhen. Jeannette Kasel, Krankenschwester aus Göttingen, schreibt, dass „unsere Bewegung zur Bürgerbewegung“ werden muss und wir den Notstand des Gesundheitssystems stärker als Normalzustand einer kapitalistischen Gesellschaft kritisieren sollten. Das sehe ich auch so. Ein

Beispiel dafür, dass gute Versorgung dem Profit zum Opfer fällt, ist leider die privat geführte Reha-Klinik in Seesen, die geschlossen wird, weil die Rendite nicht hoch genug ausfällt.

60 Stunden wöchentlich in der Pflege: eine Bankrotterklärung der Landesregierung

Die Gewerkschaft ver.di wird hier deutlich stärker als bisher gefordert sein. In unserer Konferenz „Altenpflege: Gewerkschaft in der Klemme?“ haben wir die Frage nach den Organisierungsmöglichkeiten in dieser Branche gestellt. Gerade im Altenpflegebereich muss der Teufelskreis von geringem Organisationsgrad und mangelnder Kampagnenfähigkeit durchbrochen werden. Dies gilt umso mehr in Zeiten der Pandemie, in der die Arbeitskraft der Pfleger*innen übers Limit in Beschlag genommen wird. Dass der Gesundheitsminister findet, es mögen auch an Corona infizierte Pflegekräfte zur Arbeit antreten, stieß auf massive Kritik in unserer Konferenz, die es auf die Titelseite

der Braunschweiger Zeitung schaffte. Einen Bericht zur Konferenz findet ihr im Artikel von Rita Krüger. Auch ein Interview mit David Matrai, ver.di-Landesfachbereichsleiter Gesundheit und Soziales, ist nachzulesen.

Beschäftigte, die in dieser Situation die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten, brauchen Entlastung und bessere Entlohnung. Die Allgemeinverfügung des niedersächsischen Sozialministeriums von Anfang November, nach der unter anderem Pflegekräfte während der Pandemie bis zu 60 Stunden in der Woche arbeiten können sollen, ist das Gegenteil von Wertschätzung und Entlastung. Sie ist eine weitere Bankrotterklärung der niedersächsischen Landesregierung. Die Altenpflegerin Anna Glogowska, selbst Gewerkschaftsmitglied, hat sich auf unserer Konferenz auch an dieser Stelle von ver.di ein offensiveres Auftreten und „mehr erwartet“. Wir werden als LINKE. Niedersachsen mit unserer Kritik an der Landesregierung hier noch nachlegen und uns an der Seite der Pflegerebell*innen weiter für ein menschenwürdiges Gesundheitssystem einsetzen!

Eure Pia



Weiter geht's! Pflegererebellion 2021

Pia Zimmermann und Christoph Podstawa über die Pflegekampagne unserer Landespartei

Wie sind die Pflegekonferenzen der LINKEN. Niedersachsen entstanden?

Pia: Im Mai letzten Jahres haben wir unsere „Aktionskonferenz Pflege“ in Hannover veranstaltet. Mit mehr als 100 Teilnehmer*innen aus dem ganzen Bundesgebiet war die Konferenz ein großer Erfolg für die Landespartei. Mehrheitlich teilgenommen haben Beschäftigte aus den Pflegeberufen. Das freut mich besonders, denn für sie haben wir die Konferenz ausgerichtet. Die Idee zu der Konferenz kam aus der Bewegung der Pflegenden selbst, die sich im Kampf gegen die Pflegekammer entwickelt hat. Wir haben schon vor der Konferenz mit aktiven Pflegenden zusammengearbeitet. Als die Kammer ihre Beitragsforderungen im Dezember 2018 verschickte und den Pflegenden darin ein Jahresgehalt von 70.000 Euro unterstellte, explodierte der Protest. Es war klar, dass wir uns als Partei an die Seite der Bewegung stellen. Wir haben ein konkretes Angebot gemacht, das war die Aktionskonferenz.

Wie war die Resonanz?

Pia: Es ist uns gelungen, ein starkes Signal in die Bewegung zu senden, dass DIE LINKE. Niedersachsen an der Seite der Pflegenden für eine menschenwürdige Pflege und gegen die Pflegekammer kämpft. Ich möchte betonen, dass das Feuer des Protestes von den Pflegenden selbst entfacht wurde. Ohne die Aktiven aus der Pflege wäre diese unglaubliche Dynamik nicht entstanden. Natürlich gehen wir mit unseren sozialistischen Ansichten in die Bewegung, da halten wir nicht hinterm Berg mit. Aber wir drücken niemandem etwas auf, wir vereinnahmen nicht. Das wurde und wird uns zugutegehalten. Die Resonanz war ausgesprochen positiv und die Konferenz der Startschuss für eine anhaltende, wunderbare Kooperation. Dass die Pflegekammer nun abgewickelt werden soll, ist nur ein Teilerfolg unserer Bewegung, ein gewonnener Abwehrkampf. Allen Aktiven ist klar, dass wir uns neu sammeln und die Pflegererebellion 2021 starten müssen. Für gute Pflege für alle.

Christoph: Die politische Dynamik, die sich um die Aktionskonferenz herum entfaltet hat, hat einmal mehr deutlich gemacht, dass wir als Landespartei das Thema Pflege- und Gesundheitspolitik prominent fahren müssen. So oft passiert es leider nicht, dass wir als Partei tatsächlich als Teil einer sozialen Bewegung agieren. Hier ist es uns gelungen. Parallel zur Bundeskampagne sind wir als Landespartei daher mit einer eigenen, auf teils regionale Themen fokussierten Pflegekampagne aktiv und werden sie vorläufig bis zur Kommunal- und Bundestagswahl massiv vorantreiben. Konkrete Schritte hierzu sind bereits in der Planung.

Warum ist die Gesundheits- und Pflegepolitik so umkämpft?

Pia: Es handelt sich um einen Markt, in dem extrem viel Geld steckt. Daher gibt es so viele Player, so viele Interessen, daher jagt eine Reform die nächste. Seit Jahrzehnten wird hier viel Geld verdient und brutale Ausbeutung betrieben - von Patient*innen, von Menschen mit Pflegebedarf, natürlich

von Beschäftigten und Angehörigen. Das hochgelobte deutsche Gesundheitswesen ist ein kapitalistisches Trauerspiel. Wenn Alter, Krankheit und Gesundheit zur Ware werden, wie hierzulande, geht es den Leuten buchstäblich an den Kragen. Alte und Kranke haben keine gute Lobby, sie selbst wenig Kraft zum kämpfen, ihre Angehörigen sind oft überfordert. Wenn sich die Beschäftigten in den Einrichtungen gegen beinharte Ausbeutungsmechanismen wehren, müssen wir als Partei beiseite stehen und klar machen: es geht hier nicht nur um Missmanagement, sondern dieses Elend hat System.

Wie geht es weiter?

Christoph: Wir haben aus der „Aktionskonferenz Pflege“ die Veranstaltungsreihe der „Ständigen Pflegekonferenz“ entwickelt, die thematisch in der AG Pflege des Landesvorstandes vorbereitet werden. Pia hat in diesem Jahr sechs dieser Konferenzen moderiert. Wir haben Aktive aus der Bewegung und Experten der Wissenschaft eingeladen

zu Themenkomplexen rund um Krankenhaus, Altenpflege, pflegende Angehörige und zuletzt zur Frage, wie sich die Gewerkschaftsarbeit in der Pflegebranche entwickelt. Hier kooperieren wir zunehmend mit ver.di. Uns ist wichtig, dass wir mit den Konferenzen in die Partei hineinwirken, Aktive aus den Kreisverbänden kampagnenfähig machen und vernetzen. Und die Konferenzen sind Angebote zur Vernetzung an die Aktiven aus der Pflege selbst, was erfreulicherweise auch angenommen wird. Wir haben landesweit Neueintritte von Pflegenden in die Partei verzeichnen können. Nicht wenige von Ihnen engagieren sich aktiv in den Kreisverbänden für eine gute Pflegepolitik.

Pia: Neben den Onlinekonferenzen wird es vor den Kommunalwahl- und Bundestagswahlen zunehmend wichtig, vor Ort aktiv zu sein. Corona hat uns da zuletzt mehrfach einen Strich durch die Rechnung gemacht. Für Aktionen brauchen wir entsprechendes Material. Wir werden eine Broschüre zur Gesundheits- und Pflegepolitik herausgeben, die auch Fragen der Kommunalpolitik aufwirft und die Pflegekampagne der Landespartei begleitet. Außerdem werden wir die Battle Cards neu auflegen, die den Genoss*innen am Infotisch, auf dem Podium und im Presseinterview als Handreichung dienen werden. In Workshops im Sommer werden wir Aktiven aus den Kreisverbänden das Angebot machen, gemeinsam ausgewählte Themen der Gesundheits- und Pflegepolitik zu besprechen. Wir werden die niedersächsische Pflegererebellion weiterführen und zuspitzen.



Gewerkschaft muss aktiver werden

Bericht von der 6. Ständigen Pflegekonferenz

Auf Einladung der LINKEN Niedersachsen trafen sich am 17. November mehr als 40 Interessierte mit dem Geschäftsführer der ver.di-Region Süd-Ost-Niedersachsen Sebastian Wertmüller und der Altenpflegerin Anna Glogowska. Nach einem Grußwort unseres Landesvorsitzenden Lars Leopold moderierte Pia Zimmermann die Diskussion. Wertmüller betonte, eine wirkmächtige Gewerkschaftsarbeit sei nicht möglich, ohne dass Mitglieder in den Einrichtungen Aufbauarbeit leisten. Glogowska mahnte hingegen wirkungsvollere Aktionen der Gewerkschaft an, um überhaupt potentielle Mitglieder anzusprechen. Einig waren sich alle Diskussionsteilnehmer: Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen. Der Arbeitskampf der Pflegenden wird zudem von einem moralischen Dilemma besonders in der Altenpflege erschwert. Die vorwiegend weibliche Sorgearbeit muss politisch reflektiert werden. Dafür braucht es einen Zusammenschluss von Menschen mit Pflegebedarf, Angehörigen, Beschäftigten und der Gesellschaft. Der Kampf gegen die Pflegekammer hat gezeigt, was möglich ist. Pia fasste am Ende zusammen: „Die Pflegeevolution kann nur durch Pflegenden selber passieren. Aber ich erwarte von ver.di, dass die Gewerkschaft aktiver auf die Menschen zugeht.“

Rita Krüger, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes DIE LINKE. Niedersachsen, AG Pflege des Landesvorstandes

**Rotes
Pflegetelegramm**

Aktuelle Infos zur Pflegepolitik – aus dem Parlament und der Bewegung
Jetzt abonnieren:

- Email-Newsletter: <http://eepurl.com/gxZ6Tb>
- Telegram-Kanal: <https://t.me/RotesPflegetelegramm>

www.pia-zimmermann.de

“Ohne Druck passiert wenig”

Ein Gespräch mit David Matrai, Landesfachbereichsleiter des ver.di-Bezirks Niedersachsen-Bremen



Der Tarifvertrag in der Altenpflege zwischen ver.di und der BVAP liegt vor, im Vorfeld wurden politisch die Weichen für eine Allgemeinverbindlicherklärung gestellt. Was bedeutet die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags für die Beschäftigten und ist es wirklich ausge-macht, dass sie kommt?

ver.di und der BVAP werden beim Bundesarbeitsministerium beantragen, dass der Tarifvertrag ab Juli 2021 für allgemeinverbindlich erklärt wird und wir gehen davon aus, dass das Ministerium dem Antrag folgt. Dann gelten die Inhalte des Tarifvertrags in der gesamten Altenpflege. Dies hilft in Niedersachsen mit seinem hohen Anteil kommerzieller Anbieter besonders, denn hier gibt es in aller Regel keine Tarifverträge. Die neuen Standards werden über den bisher geltenden Pflegemindestlöhnen liegen, sodass examinierte Altenpflegekräfte ab 2023 mindestens 18,50 Euro pro Stunde und Pflegehilfskräfte mit einer ein- bis zweijähriger Ausbildung mindestens 15 Euro erhalten. Außerdem gibt es dann eine garantierte Jahressonderzahlung und einen Mindesturlaub von 28 Tagen. Dieses neue Mindestniveau reicht natürlich lange nicht aus, aber immerhin wird der Dumping-Wettbewerb begrenzt. Und wichtig ist, dass günstigere Tarifverträge bestehen bleiben.

Studien besagen, dass Beschäftigte in der Altenpflege vor allem den Staat in der Pflicht sehen, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und weniger die Arbeitgeber. Was bedeutet das für ver.di in der Pflege?

Beschäftigte in der Altenpflege erleben viele Missstände. Und da die Politik diese Probleme nicht mehr bestreitet, setzen viele Pflegekräfte auf einen helfenden Staat.

Die Regierungsparteien der letzten Jahre haben Wettbewerb, Markt und Kostendruck in die Pflege eingeführt

Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Politik keine grundlegenden Verbesserungen angeht. Im Gegenteil: Es waren die Regierungsparteien der letzten Jahre, die Wettbewerb, Markt und Kostendruck in die Pflege eingeführt haben und die aktuellen Probleme maßgeblich verantworten. Deshalb muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass ohne Druck wenig passiert. Eine Gewerkschaft wie ver.di kann diesen Druck entfalten. Ob dies gelingt, hängt davon ab, wie viele Beschäftigte sich in ihr zusam-

enschließen und für die eigenen Anliegen aktiv werden. Dies zeigen Kolleginnen und Kollegen bei VW oder auch in einzelnen Krankenhäusern und Kitas. Wenn wir also von einem notwendigen „Pflegeaufstand“ sprechen, wird ver.di den Rahmen stellen und zu Aktionen aufrufen. Aufstehen müssen aber die Beschäftigten selbst.

Steigende Löhne in der Altenpflege bedeuten steigende einrichtungseinheitliche Eigenanteile bzw. Zuzahlungen, also eine höhere Belastung für Menschen mit Pflegebedarf. Welche Rolle spielt das in der Auseinandersetzung?

Arbeitgebern dient dies gern als Argument gegen Lohnerhöhungen. Das muss geändert werden. Weder sollten Lohnerhöhungen zulasten der Pflegebedürftigen gehen, noch darf Pflegebedürftigkeit ein Armutsrisiko darstellen.

Die von Jens Spahn geplante Deckelung der Eigenanteile geht als Sofortmaßnahme in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus und wirkt nur sehr begrenzt. ver.di fordert deshalb eine Solidarische Pflegegarantie, die die Übernahme aller pflegebedingten Kosten durch die Pflegeversicherung gewährleistet. Solidarisch finanziert werden kann das durch die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger.

Systemrelevant, aber das System macht krank



*Die Pandemie verschärft eindrucksvoll altbekannte Probleme – während die Mehrheit der Menschen um Job, Gesundheit und Existenz bangt, konnten Kapitalist*innen satte Profite einfahren. Neben den Klassen scheinen aber auch die Geschlechter unterschiedlich stark von der Krise betroffen zu sein.*

Sie trifft Frauen besonders hart, weil ihre Ausgangslage im Schnitt schlechter als die von Männern ist: sie sind öfter in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen und verdienen für gleichwertige Arbeit oft nicht den gleichen Lohn. Die schlechtere ökonomische Lage begünstigt aktuell Schritte zurück in die typische Rollenverteilung, in der Frau für Kinderbetreuung und Haushalt zuständig ist. Mit dem Home Office ergab sich für Frauen und Alleinerziehende eine massive Doppelbelastung – wer nicht vorher schon den Luxus hatte, Reproduktionsarbeit out-sourcen, steht nun noch schlechter da. Die altbekannten Probleme der Reproduktionsarbeit verschärfen sich in der Wirtschafts- und Corona-Krise, gleichzeitig sind es aber überwiegend Frauen, die den Laden durch systemrelevante (insbesondere Pflege-)Arbeit am Laufen hielten. Die jahrelang beklagte gesundheitsgefährdende Lage in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen kann nicht länger geleugnet werden, aber die nötigen Konsequenzen werden nicht

gezogen. Weiterhin soll der Gesundheitsbereich der Profitlogik unterworfen bleiben, auch wenn die Unfähigkeit des Kapitalismus, Gesundheit zu garantieren, aktuell eindringlicher denn je spürbar ist. Die ausgebrannten, überarbeiteten und schlecht bezahlten (überwiegend weiblichen) Pflegekräfte sind einem hohen Risiko ausgesetzt, sich mit dem Virus zu infizieren – aber ihre legitimen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und angemessenem Lohn werden wegzuklatschen gesucht. Zwar gibt es Länder, deren Gesundheitssysteme weitaus schlechter gewappnet sind, daraus darf aber kein Loblied auf unseres zurechtgesponnen werden. Die Intensivbetten sind bald ausgelastet, weil es schier an Personal fehlt. Typische Frauenarbeit bleibt derweil schlecht bezahlt und wen reizt eine solche Perspektive schon? Der relativ ruhige Sommer wurde offenkundig nicht genutzt, um durch verbesserte Bedingungen sicherzustellen, dass das Gesundheitssystem in Anbetracht der vorhersehbaren zweiten Welle nicht überlastet wird. Die Heldinnen des Alltags sind ohne Frage systemrelevant, aber das System macht krank. Für eine ausreichende Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen! Für höhere Löhne und mehr Personal im Pflegebereich! Für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser!

Katja Sonntag, Sprecherin des Landesrat Linke Frauen Niedersachsen

Ist die Politik verrückt geworden?

Die Corona-Pandemie beutelt die verbliebenen Pflegekräfte genug. Als Dank kommt von der Landesregierung Niedersachsen eine Allgemeinverfügung mit der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 60 Stunden. „Die da oben“ können anscheinend beschließen, was sie wollen. Das werden sich die Pflegekräfte nicht gefallen lassen und der Arbeitgeber sich hoffentlich hüten, „seine paar Pflegekräfte“ zu verprellen. Um die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege zu motivieren, sind andere Wege dringend erforderlich und effektiver: zum Beispiel sollten alle Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2021 zusätzlich 5 Tage bezahlten Urlaub erhalten (aus dem Topf der Steuereinnahmen) und jede Mehrarbeitsstunde ab 38,5 in der Woche sollte doppelt bezahlt werden ohne steuerliche Nachteile. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Was die Politik jahrelang versäumt hat, kann sie nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen! Das ist auch ein Symptom unserer kapitalistischen Gesellschaft. Wen wundert's? Mich nicht. Es muss ein Gesundheitswesen geschaffen werden, welches den Namen auch verdient. Das Pflegebündnis Niedersachsen könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Es gilt nun, die Kräfte zu bündeln und die Ziele klarer zu benennen.

Das Pflegebündnis Niedersachsen braucht dazu die Unterstützung der Bevölkerung. Unsere Bewegung muss zur Bürgerbewegung werden. Nur durch massive Proteste können wir Druck aufbauen und etwas zu unseren Gunsten ändern. Denn in welchem System leben wir? In einem kapitalistischen. Dies wird uns doch täglich durch die Medien verdeutlicht!

Ich bin dabei. Du auch?

Jeannette Kasel, Krankenschwester Sprecherin Pflegebündnis Göttingen

Impressum

Pia Zimmermann
Schillerstraße 18, 38440 Wolfsburg
www.pia-zimmermann.de